Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9635**
14. Wahlperiode 28. 06. 2002

Fragen

für die Fragestunde der 247. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 3. Juli 2002

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, dass laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 26. Juni 2002 die polnischen Rechtsakte, welche die Enteignung und Vertreibung von Personen deutscher Nationalität aus den damals deutschen Ostgebieten bestimmt haben, schon im Jahr 1989 durch eine Entscheidung des polnischen Sejm aufgehoben worden sind, und wird sich die Bundesregierung gegenüber der polnischen Regierung um Aufklärung dahingehend bemühen, welche Rechtsqualität und -gültigkeit die oben genannten Rechtsakte haben?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Hat die durch das „Gesetz zur Eindämmung der illegalen Betätigung im Baugewerbe“ vom 30. August 2001 eingeführte Regelung des Steuervorabzuges bei Bauleistungen (sog. Bauabzugssteuer) nach Kenntnis der Bundesregierung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu Liquiditätsnachteilen und erheblich gesteigertem Verwaltungsaufwand geführt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Regelung?

3. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche Vereinfachungen für das Abzugs- und Anrechnungsverfahren der Bauabzugssteuer beziehungsweise für die Erteilung der Freistellungsbescheinigungen wird das bereits für die erste Junihälfte 2002 vorgesehene zweite BMF-Schreiben (BMF: Bundesministerium der Finanzen) zur Bauabzugssteuer beinhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

4. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich in Brüssel für eine Fortsetzung der Milchmengengarantie-Regelung einzusetzen?

---

*) siehe hierzu auch Frage 14

5. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen zur Marktstabilisierung ergreift die Bundesregierung in Brüssel, um dem sinkenden Milchpreis entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

6. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund des erwarteten Berichts der Hartz-Kommission, die Strukturierung von Arbeitsämtern zu verändern, und wie steht die Bundesregierung zur Herabstufung oder gar Schließung des Arbeitsamtes Coburg?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welche Freizeitmöglichkeiten stehen den im Ausland stationierten deutschen Soldaten in den Feldlagern zur Verfügung, und wo sieht die Bundesregierung Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der freizeitlichen Infrastruktur für die Soldaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

8. Abgeordnete **Maria Eichhorn** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (Katholischer Deutscher Frauenbund Intern 5/02) zu, wonach die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, plant, die Bereitstellung einer Haushaltshilfe aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung herauszunehmen?

9. Abgeordnete **Maria Eichhorn** (CDU/CSU)

Welche Änderungen plant die Bundesregierung konkret bei der Gewährung von Haushaltshilfe durch die gesetzlichen Krankenkassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

10. Abgeordnete **Maritta Böttcher** (PDS)

Ist die Ortsumfahrung der Bundesstraße B 179 in Königs Wusterhausen/Brandenburg verbindlich in den Bundesverkehrswegeplan eingeordnet, und wann ist mit ihrer Realisierung zu rechnen?

11. Abgeordnete **Maritta Böttcher** (PDS)

Ist die Autobahnanbindung A 13 – B 246 in Bestensee/Brandenburg in den Entwurf des neuen Bundesverkehrswegplans aufgenommen worden, und wenn ja, mit welchem Realisierungszeitpunkt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

12. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung beim EU-Gipfel am 21./22. Juni 2002 in Sevilla der Auflösung des Entwicklungsministerrates der EU zugestimmt?

13. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung die von ihr mitbeschlossene Neuregelung für die EU-Ministerräte dahingehend auf die nationale Ebene zu übertragen, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt eingegliedert wird?

14. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Rechtsansicht, wonach der tatsächliche Gesetzesvollzug des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) nicht seinem Wesensgehalt, auch mit Blick auf die durch den Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Fördermittel, entspricht (vgl. das mir vorliegende Rechtsgutachten von Prof. Dr. Dr. Michael Silagi, Göttingen, vom 10. Mai 2002), und ist die Bundesregierung nunmehr bereit, ihre Neukonzeption der Vertriebenenkulturarbeit aus dem Jahr 2000 (Bundestagsdrucksache 14/4586), auch haushaltswirksam, so zu ändern, dass sie den gesetzlichen Vorgaben des § 96 BVFG entspricht?*)

*) siehe hierzu auch Frage 1

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordneter **Steffen Kampeter** (CDU/CSU)

In welchen Geschäftsbereichen der Bundesregierung wird das Programmpaket Public Administration Software System (PASS) eines Anbieters aus Nordrhein-Westfalen ganz oder teilweise verwendet, das sich u. a. mit Lager- und Materialwirtschaft, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Haushaltsmanagement beschäftigt, und mit welchem Kostenaufwand wurde es gegebenenfalls beschafft?

16. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Wie viele Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter der Bundesregierung und Dritte auf Einladung der Bundesregierung sind im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft nach Japan und Süd-Korea gereist, und welche Aufwendungen (inklusive gegebenenfalls Inanspruchnahme der Flugbereitschaft) sind hierfür zu Lasten öffentlicher Kassen entstanden?

17. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Welche Hinweise auf mögliche Terroranschläge in Deutschland oder auf deutsche Staatsbürger oder Einrichtungen im Ausland liegen der Bundesregierung auf der Grundlage der Erkenntnisse deutscher Behörden vor, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein von Schiffscontainern ausgehendes terroristisches Gefahrenpotenzial?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

18. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Wie und von wem (Bund oder Wirtschaft oder Deutsche Ausgleichsbank) soll das neue „Mittelstandsprogramm“ der Bundesregierung finanziert werden?

19. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung „Markenausschreibungen“, wie z. B. von der BwFuhrparkService GmbH, Maarstraße 63, 53842 Troisdorf (aus: Bundesausschreibungsblatt vom 21. Juni 2002, Nr. 070 401) durchgeführt, mit den geltenden rechtlichen Bestimmungen für Vergaben vereinbar?

20. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass bei Markenausschreibungen sich nur Hersteller beteiligen können und der Mittelstand vom Wettbewerb ausgeschlossen wird?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333